

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 19. November 1932

Nummer 93

## Die richtige Frontstellung zur Wirtschaftskrise

„Es ist der Geist, der stets verneint, der Geist der Zerstörung, der sich am deutlichsten zeigt in dem Auftakt des Reichstagsabgeordneten Fritz Tarnow. Was follet die Krise? (Nr. 84 des Korrespondent). Hier enthält Herr Tarnow keine Pläne. Bekanntlich ist er durch seine Schrift „Warum arm sein?“ als der philosophische Urheber seiner „Theorie“ anzusehen, die aus dem lustleeren Raum Kaufkraft schöpfen wollte. Er predigte unentwegt, man brauche nur die Löhne zu erhöhen, um nach amerikanischen Vorbild, das ja völlig schiffbrüchig erklaren hat, die Produktivität für alle Zeiten sicherzustellen. Man sollte meinen, daß Herr Tarnow und seine Nachbeter, nachdem sie mit ihrer Kaufkraftpolitik gescheitert sind, aus ihren Fehlern lernen würden. Aber nach wie vor sind er und seine Anhänger auf diese Lehre eingeschworen.“ („Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ Nr. 80 „Wer hat die richtige Frontstellung?“)

In dem von der „Zeitschrift“ angezogenen Artikel hatte ich die Zerstörungssorgen der ökonomischen Krise mit Daten beleuchtet, die der Wirtschaftstatistik entnommen sind. Sie enthüllen eine ungeheure Vernichtung von gesellschaftlichem Reichtum und Wohlstand. Der „Zeitschrift“ aber erscheint nicht etwa der Geist des kapitalistischen Systems, das solche Zerstörungen hervorruft, sondern der Prostest dagegen als „der Geist der Zerstörung“. Eine reichlich konfuse Logik.

Oder ist als zerstörender Geist die Kaufkrafttheorie gemeint, die zwar keineswegs „aus dem lustleeren Raum Kaufkraft schöpfen“ will, sondern nur die Kaufkraft umschreibt, daß ohne Absatz die Schornsteine nicht rauchen können? Nun, dann macht sich die „Zeitschrift“ denn doch die Beweisführung etwas zu bequem. Die Kaufkraftpolitik konnte schon um deswillen nicht scheitern, weil sie nicht abgewendet, weil ja im Gegenteil ganz planmäßig die Politik der Kaufkraft zu setzen und zu praktizieren worden ist. Ununterbrochen hat das Unternehmertum geschrien, es brauche nur eine Lohnsenkung, um die Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Wie oft hat es diese Chance in den letzten beiden Jahren bekommen, und ist nicht nach jeder Senkung des Lohnniveaus die Zahl der Arbeitslosen gestiegen und die Produktion weiter zurückgegangen? Es ist die Unternehmerteile, die einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch erlitten hat, und da steht es der „Zeitschrift“ wahrlich schlecht an, die Gewerkschaften zu ermahnen, „aus ihren Fehlern zu lernen“.

Die Kaufkraft könne man nur verstärken, indem man zuvor die Produktion fördert und erhöht, versichert die „Zeitschrift“. Sehr schön. Aber warum um alles in der Welt erhöhen denn die Buchdrucker ihre Löhne? Sie erhöhen nicht ihre Produktion, warum lassen sie so viele Maschinen und arbeitswillige Buchdruckerhände ungenutzt? Fehlt es etwa an Papier oder an Druckerwärme? Oder sollte nicht doch das Übel allein im Mangel an Aufträgen liegen? Dabei gibt es heute trotz aller Lohnsenkungen wohl immer noch einige Millionen Arbeiter, die sich von dem „Luzus“ eines Zeiteinsatzabonnements nicht trennen können, gelegentlich wohl sogar noch ein Buch kaufen. Für die allgemeine Unternehmerideologie ist das sicher ein untrüglicher Beweis, daß die „Luzus“ ein ungenutztes Vermögen ist, und daß das Lohnniveau noch weiter herunter muß. Sollte die „Zeitschrift“ der Meinung sein, daß ein neuer und glänzender Aufstieg des Buchdruckgewerbes mit ungeführter Gewalt in demselben Augenblick einsetzen würde, wo auch der letzte Arbeiter auf das nackte Existenzminimum gesetzt werden ist, wo neben Miete und niedrigster Ernährung auch nicht ein Pfennig im Ausgabenetat für andres übrig bleibt?

„Zwar gibt Herr Tarnow in dem erwähnten Aufsatz an, daß das gesamte jährliche Volkseinkommen

ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht. Er behauptet also mit dieser Feststellung die Übereinstimmung von Kaufkraft und Produktion“, ruft triumphierend die „Zeitschrift“ aus. Sie hält offenbar die Entdeckung, daß die Armut von der Power herrührt, für einen der größten Erfolge geistiger Forschungsarbeit.

Wenn es aber wirklich so ist, daß die Kaufkraft nicht größer sein kann als die jeweilige Produktion, und umgekehrt die Produktionsgröße bestimmt wird durch die jeweils tätige Kaufkraft — dann könnte es ja logischerweise aus der Wirtschaftskrisenkrümmung überhaupt kein Entrinnen mehr geben. Ganz so hilflos ist nun allerdings das kapitalistische System von Natur aus nicht. Die früheren Krisen sind überwunden worden, einmal durch das Wirksamwerden der „Kaufkraftpolitik“, nämlich dadurch, daß das allgemeine Preisniveau schneller und tiefer absank als das Einkommen der breiten Massen. Zum andern durch einen neuen Bedarf an Investitionsgütern, der sich nach einer gewissen Krisendauer einzustellen pflegte. Der letzte Ausweg ist — das ist die vorherrschende Meinung auch der bürgerlichen Wirtschaftsforscher — auf lange Zeit vorüber durch die gewaltige Überakkumulation der Produktionsapparates während der letzten Konjunkturperiode. Man hat damals schon gewissenmaßen die nächstfolgende Investitionskonjunktur vorweg genommen. Den andern Weg aber hat das deutsche Unternehmertum selbst geschlagen, indem es — wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit — seine organisierte Macht dazu benutzte hat, die Preise zu stützen und die Löhne zu stützen. Statt daß nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft im Verlauf der Krise die reale Massenkaufkraft hätte anfallen müssen, ist sie gewaltsam gerettet worden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist schlecht. Seitdem es aber vom organisierten Unternehmertum „manipuliert“ wird, ist es einfach unmöglich geworden. Vor einiger Zeit hat ein italienischer Großunternehmer, der Generaldirektor Agnelli der bekannten Fiat-Werke, sicher ein Mann, an dessen kapitalistischer Gesinnung nichts anzusetzen ist, der internationalen Öffentlichkeit einen Vorschlag zur Behebung der ökonomischen Weltkrise unterbreitet, der der „Zeitschrift“ die Haare zu Berge steigen lassen wird. Er ging davon aus, daß der Ausfall der Kaufkraft von 25 Millionen Arbeitslosen in den wichtigsten Ländern die Überwindung der Krise verhindere. Diese Kaufkraft müsse wieder hergestellt werden, aber wie? Man müßte alle Arbeitslosen wieder in Beschäftigung und Lohn bringen, sagt Agnelli, aber das Unglück war ja gerade, daß man keine Beschäftigung für sie hat. Also, schlägt er vor, müssen wir durch ein internationales Abkommen in allen Ländern die Arbeitszeit so weit verkürzen, daß alle Arbeitslosen eingestellt werden können. Aber — und das ist das Entscheidende an seinem Vorschlag — die bisher Beschäftigten müßten auch bei verkürzter Arbeitszeit ihren vollen Lohn weiter beziehen und die Arbeitslosen müßten zu vollen Löhnen eingestellt werden.

Sicher ist dieser Vorschlag eines Großindustriellen, der an der Automatik des kapitalistischen Systems endgültig verzweifelt, phantastisch, phantastisch nicht deswegen, weil es völlig unmöglich wäre, im Rahmen des kapitalistischen Geld- und Kreditystems diese Aufgabe durchzuführen zu können, sondern weil die Vorstellung, daß die Unternehmer und die Regierungen der kapitalistischen Länder eine solche Vereinbarung treffen und ausführen könnten, ganz absurd ist.

Unser fester Glaube an das baldige Ende des kapitalistischen Systems ist keine überflüssige Angelegenheit. Er stützt sich auf zwei Erkenntnisse: Die sichtbar wachsende Unfähigkeit des Kapitalismus, den Fortschritt der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu verbürgen und die Unmöglichkeit der kapitalistischen Unternehmerteile, die aus sozialer Borniertheit gar nicht anders kann, als die Vereinfachung der breiten Volksmassen bis zu dem Punkt zu treiben, wo die ökonomischen Grundlagen auch des kapitalistischen Wirtschaftens endgültig zerstört sind.

Fritz Tarnow.

## Zur Beitragsfrage

Der wesentlich unterschiedliche Lohn im Buchdruckgewerbe, vor allem aber Lohnabbau und Kurzarbeit, haben in den letzten Monaten bei vielen Kollegen die Frage der Neuregelung des Verbandsbeitrags in den Vordergrund gedrängt. Diesem hört man den Ausdruck „Wie der Verdienst, so auch der Beitrag“ und damit meint man, die gering entlohnten Kollegen sollten weniger, die höher entlohnten mehr bezahlen. Berücksichtigt wird vergessen, daß Verbandsvorstand und Gewerkschaftskonferenz diesem Verlangen schon Rechnung getragen haben, die Höherverdienenden zahlen für die jetzige Miete ohne jedes Äquivalent einen Extrabeitrag bis 2,40 M. pro Woche. Nun ist mehrfach angefragt, diesen Extrabeitrag zu erhöhen, um die schlechter gestellten Kollegen zu unterstützen. Aber bei dieser Frage muß man bestimmt recht vorsichtig sein, denn es ist doch wohl allgemein bekannt, daß ein bedeutender Teil der höher entlohnten nicht mehr als Buchdruckergehilfen tätig und darum nicht mehr an das Gewerbe gebunden ist. Der größte Teil dieser Kollegen ist noch aus alter Anhänglichkeit Mitglied und weil sie durch den Verband etwas geworden; ein Teil rednet auch mit der späteren Unterstützung. Würden die Extrabeiträge zu hoch geschraubt, könnten wir leicht einen Teil unserer besten Beitragszahler verlieren, was bestimmt nicht im Interesse des Verbandes wäre.

Nun ist nicht zu verkennen, daß es einem Teil unserer Kollegen unter den jetzigen Zeitumständen recht schwer wird, die Beiträge zu zahlen. Durch den Lohnabbau im Februar 1931, durch den Abzug durch Notverordnung am 1. Januar 1932, durch Abbau der Überminimumbezahlung und dann zuletzt durch Einführung der Kurzarbeit (die oft nicht eingeführt wurde, weil wenig Arbeit vorhanden oder um Einstellungen vorzunehmen, sondern um Lohn zu sparen) sind die Kollegen in ihrem Einkommen bedeutend geschädigt. Die Herabsetzung des Lohnes dürfte bei Einführung der Vierzigstundenswoche seit Februar 1931 im ganzen 33 bis 38 Proz. betragen, bei minderbesseren gleicher Lebenshaltung; denn wenn auch einige Lebensmittel etwas billiger geworden sind, durch Bürgerkassen, Arbeitslosenhilfe und andres ist dies längst aufgeholt. Einem verheirateten Kollegen, der heute bei 40 Stunden Arbeitszeit in Orten mit keinem Lokalzuschlag 32 M., bei 2 1/2 Proz. 32,96 M. und bei 5 Proz. 33,92 M. verdient und davon noch Sozialbeiträge und Steuern von durchschnittlich 3 bis 4 M. abgeben muß, fällt die Zahlung des Verbandsbeitrags von 2,50 bis 2,80 M. in solchen Orten recht schwer. Um so mehr, wenn eine Anzahl Kinder und Neubauwohnung vorhanden sind.

Aber wenn wir zu einer gerechten, nach Verdienst berechneten Beitragsregelung kommen wollen, dann bleibt nichts andres als Einführung des Staffelsystems übrig, wie ihn der weitaus größte Teil der andern freien Gewerkschaften schon jetzt hat. Ob solch Staffelsystem bei uns Buchdruckern großen Anklang finden würde, ist stark zu bezweifeln, denn darüber muß sich doch jeder klar sein, wird bei uns statutarisch der Staffelsystem eingeführt, ist die Staffelsystem der Unternehmerteile nicht mehr zu umgehen. Dadurch würde die Kollegenschaft, die doch alle Buchdrucker gelernt, auch in verschiedenen Klassen eingeteilt, was unfruchtbar, Gewerkschaftsarbeit und der oft verspotteten aber doch manches Gute wirkende Tradition unter den Buchdruckern gewiß nicht dienlich wäre. So mancher zum Minimum arbeitende Handwerker oder Flachdrucker, der seinen höher entlohnten Kollegen gegenüber manches noch zurücksetzen müßte,

würde, wenn er durch Krankheit, Invaldität oder sonst in Not kommt, durch geringere Unterstüfung dem Bessergestellten gegenüber doppelt gestraft werden. Die so oft gepriesene Solidarität und Kollegialität unter den Buchdruckern würde einen bedeutenden Stoff bekommen.

Ich habe diese Frage hier etwas eingehend behandelt, weil vielfach der Ruf nach gerechter Beitragsregelung ertönt, aber niemand im einzelnen sagt, wie er sich die Sache denkt. Es wäre deshalb notwendig und zu begrüßen, wenn recht viele, vor allem auch aus dem Kreis der Inaktiven, zu dieser Frage Stellung nähmen und recht genaue praktische Vorschläge machen.

### Arbeitsvermittlung

Der Grundlag, daß bei Bedarf an Arbeitskräften von den Arbeitnehmern auf namentlichen Anruf außer der Reihe vermittelt werden kann, mag zu Zeiten guter Konjunktur noch tragbar gewesen sein. Aber in Zeiten so schlechter Arbeitsmarktlage wie wir sie nun schon seit Jahren haben sind solche Bestimmungen geradezu unsozial und unsittlich weil sie zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Denn wie will man es verantworten, wenn Kollegen und dauernd Wohlfahrtsunterstützung beziehen, nicht vermittelt werden, während Kollegen die vier, sechs oder acht Wochen arbeitslos sind, immer wieder in Arbeit kommen. Gewiß will jeder gern arbeiten, aber sozial und gerecht ist die Forderung: „Wer am längsten arbeitslos ist, muß zuerst wieder Arbeit erhalten“. Denn jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit und Leben. Soweit noch unsere tarifliche Arbeitsnachweise in Frage kommen, sind diese Bestimmungen im § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung für Arbeitsnachweise geregelt. Danach haben die Firmen das Recht, früher bei ihnen beschäftigte Kollegen ganz außer der Reihe anzufordern. In jedem größeren Ort fast jede Firma Arbeitskräfte entlassen hat, so werden die bei Arbeitslosigkeit sofort wieder geholt, auch weil sie eingearbeitet sind. Die anderen Kollegen aber, die nicht solche Firma zur Hand haben, oder auch die Privatwohnungen der leitenden Personen nicht so genau kennen, oder sich sonst unbeliebt gemacht haben, finden überhaupt keine Stellung mehr. Denn Umfahrungen ist doch in den meisten Orten im Interesse unserer Bewegung verboten, würde auch keinen Erfolg haben, und eine andere Möglichkeit der Arbeitsbeforgung ist für die Kollegen nicht vorhanden.

Hier sind eine ganze Reihe von Fällen festgestellt, wo arbeitslose Kollegen schon seit einem halben oder dreiviertel Jahr vor die Reihe Arbeitsnachweinsnummer haben und trotzdem nicht vermittelt wurden. wozu immer Kollegen aus der Mitte oder Schluss der Liste angefordert werden. Wie genau solche Entlassungen auf diese am Hungertuch nagenden Kollegen wirken muß, mag jeder gerecht denkende sich überlegen, man muß sich nur selbst in die Lage dieser Kollegen hineinsetzen. Jeder Arbeitslose muß sich alle 14 Tage auf dem Nachweis melden, sonst wird er gestrichelt, bei Vermittlungen aber wird er übergegangen.

Soweit tarifliche Arbeitsnachweise noch in Frage kommen, müßte der § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung für Arbeitsnachweise möglichst sofort gestrichelt werden und, soweit nicht wirkliche Spezialkräfte in Frage kommen, nur nach der Reihe vermittelt werden. Dies wäre gerecht und sozial und würde manche Bitternis der Allerärmsten aus der Welt schaffen.

Aber nicht nur bei den tariflichen Nachweisen bestehen diese Ungerechtigkeiten, sie sind bei den staatlichen Arbeitsnachweisen vielleicht noch schlimmer. Dort bekommt oft vorzulegende Arbeit, der das Glück hat, zufällig auf dem Nach-

## Verbandsstatistik nicht vergessen!

Die Aufnahme der allgemeinen Verbandsstatistik muß nach dem Stande vom

### 18. November

erfolgen. Die Betriebsvertrauensleute werden dringend ersucht, für eine genaue Ausfüllung Sorge zu tragen. Die ausgefüllten Formulare sind dem Ortsvorstand zuzuleiten.

weil anwendend zu sein, jede namentliche Anforderung wird ohne weiteres zugestanden, und einige Arbeitsnachweise sollen. Fogar das Bestreben haben, möglichst die Unterstüfungsempfänger zuerst zu vermitteln, was aus den Ausgefuehrt wird, ist nicht der größte Kummer dieser Herren.

Alle oberen Gewerkschaftsinstitutionen sollten es als ihre unbedingte Pflicht und vornehmste Aufgabe ansehen, für eine gerechte Arbeitsvermittlung zu sorgen. (Stettin)

### Gegen das Wohnungselend

Ein unerbittlicher Posten im Ausgabenkreis des Arbeiters und Angestellten bildet die Miete. Jeden Monat, wödfimal im Jahre, viele hundertmal im ganzen Leben muß der werktätige Mensch, wenn er nicht im Dickicht schlafen und heimatlos werden will, den Tribut an den Wohnungsverleiher bezahlen. Ganz richtig stellte Karl Marx fest, daß nicht das Kapital die Quelle des Profits, nicht der Boden die Quelle der Grundrente ist, sondern die Quelle aller Wirtschaftswerte, Steuern und Ausgaben ist einzig allein die menschliche Arbeitskraft!

Nach älteren statistischen Untersuchungen berechnete man den Anteil der Miete am Arbeiterlohn. In England 1892 durchschnittlich 10 Proz. Eine Untersuchung des Einheitsverbandes der Eisenbahner stellte im Januar 1932 fest, daß für Wohnungsmiete 13 Proz., für Instandhaltung der Wohnung 2,1 Proz., also insgesamt 15,1 Proz. ausgegeben werden. Trotz gewaltiger Wirtschaftskrisis sind die Mieten auf einer sehr hohen Höhe geblieben. Berücksichtigt man die ungeheure Einkommensschrumpfung der letzten Zeit, die Unmöglichkeit des Umzugs in eine preiswertere Kleinwohnung, den steigenden Mietzins, die teuren Neubauwohnungen, den Vorkriegsmietzins für die alte Wohnung und die Arbeitslosigkeit, so sieht man nicht falsch, wenn man den Mietanteil am Arbeiterlohn auf 20 bis 25 Proz. bezieht. Dr. Fritsch hat bei seinen Untersuchungen der Lage des deutschen Metallarbeiters fogar einen Mietanteil von 40 bis 50 Proz. festgestellt! Die seinerzeit in großer Aufmachung angekündigte Mietenkung ist demgegenüber fast bedeutungslos und oft auf dem Papier stehen geblieben. Im Jahr 1931 war gemäß amtlichen Lebenshaltungsindezes die Miete um 31,7 Proz. höher als vor dem Krieg im Jahr 1913. Damit ist nicht nur mit Worten, sondern auch mit Zahlen die ungeheure Belastung der Arbeiterschaft durch die monatliche Miete erwiesen. Je höher die Miete, desto niedriger aber der restliche Lohn, desto schlechter die Ernährung und Bekleidung, desto geringer der Kulturgenuß.

Man sollte nun glauben, daß der Arbeiterlohn für ihr lautes Geld auch etwas Gutes geboten würde. Leider ist

das jedoch nicht der Fall. Es fehlt uns hier an Raum, um die von Friedrich Engels schon im Jahr 1845 erfüllten schauerhaften Wohnungsbilder vorzuführen. Jeder lese selbst diese spannenden Reportagen über die Grausamkeit des englischen Kapitalismus. In Deutschland es aber lange Zeit nicht viel besser. Die kapitalistische Bauwirtschaft nach dem Krieg von 1870/71 produzierte massenhaft das hygienische und sozial sehr bedeutliche Massenmietshaus. Noch 1886 verurteilte der bürgerliche Nationalökonom Schmoller in seinem Mahnruf zur Wohnungsfrage, die bestehenden Klassen aus ihrem Schlummer aufzurütteln. Sie müssen endlich einsehen, daß, wenn sie selbst große Opfer bringen, dies nur eine mäßige, bescheidene Wertsicherungssumme ist, mit der sie sich schützen gegen die Epidemien und gegen die sozialen Revolutionen, die kommen müssen, wenn wir nicht aufhören, die unteren Klassen in unsere Großstädte zu Barbaren, zu tierischem Dasein herabzubringen.

Im Bestempo nach profitreicher Kapitalanlage hörten die Befehlenden aber nicht auf ethische Mahnrufe. Überall in den deutschen Landesteilen entstanden die menschenunwürdigen, erschreckenden Wohnquartiere. Zu Tausenden stehen überall im Reich die schwarzen Häuserfronten der kalten Mietstajernen und kalten Hinterhauswohnungen. Niemand schleppen sich die arbeitenden Menschen in ihre armseligen Dackstuben, kriechen die Abgearbeiteten in finstere Stockwerke oder Kellerlöcher. Für diese Arbeiterschaft gibt es in der Wohnung keine Sonne, keine Natur. Nach reichhaltigen Angaben ist heute jeder dritte Deutsche ein Großstädter. Allein in Preußen waren 1926 377 000 Familien ohne eigene Wohnung. Eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen bewohnte im Jahr 1925 durchschnittlich in Nordamerika 5 Zimmer, in England 3, in Frankreich 2,5, in Deutschland 1,4 Zimmer. Es wohnten durchschnittlich in einem Haus in London 7,8 Personen, in New York 7,2 Personen, in Paris 3,8 Personen, in Berlin 7,9 Personen! Dunkelheit und Feuchtigkeit bedingen natürlich einander. Im Jahr 1924 mußten trotz Wohnungsnot in Berlin 393 Wohnungen wegen Verfalls durch Feuchtigkeit und Schwamm für unbrauchbar erklärt werden.

Professoren, Sozialpolitiker, Gesundheitsbeamte weisen in Wort und Lichtbild jahraus, jahrein darauf hin, wie in den dunklen Höfen der Hausbesitzer-Konten-Kasernen, wie in den engen, überfüllten Räumen Tuberkulose, Rachitis, Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten und Verbrechen entstehen, wie fortwährend durch Wohnungsnot das Familienleben bis in die jüngste Generation vergiftet wird. Ganz richtig sagt man, wo die Sonne nicht hin- kommt, kommt aber der Arzt und der Polizist hin. Trotz dieser umfangreichen sozialen Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen Wohnung und Gesundheit ist noch recht wenig Abhilfe erfolgt. Gewiß hat die politische und gesellschaftliche Arbeiterbewegung „erkannt“, daß der Mangel an Wohnungen „unter: Zerstörung von Bräun: Seuerung seit 1924 bis 1931 rund 855 000 Wohnungen erbaut wurden. Alles natürlich aus öffentlichen Mitteln und gegen den Widerstand der reaktionären Hausbesitzer. Nach Medizinrat Dr. Engelsmann (Kiel) besteht aber noch immer ein ungeheurer Fehlbefund von jährlich 300 000 Wohnungen, ab 1940 bis 1950 ein solcher von jährlich 250 000 Wohnungen. Leider sind jedoch die Hausbesitzerorganisationen heute so stark, daß sie um des Mietprofits willen die arbeitende Menschheit in Wohnhöhlen und Bohnhöfen niederhalten können. Die Hauspatraschen wehren sich scharf gegen die vielen Neubauten der Arbeiter-Wohn-genossenschaften, gegen die großstädtischen Siedlungsbauten, weil dadurch kapitalistischer Mietwucher unmöglich wird. Als Folge dieser Hausbesitzertaktik macht sich in den ärmsten Schichten der Bevölkerung eine Flucht aus selbst bescheidenen Wohnungen in Elfenbeinhügel, Baracken, Feldbuden und Unterstände bemerkbar. Beim Mittel-

### Barmen-Elberfeld - Wuppertal

Am 1. Januar 1933 verschmolzen sich die beiden Orte und Bezirke Barmen und Elberfeld zu einem Bezirk Wuppertal. Mit dieser Entscheidung, einer Folge der Städtezusammenlegung und der immer enger ineinander greifenden Verbindungen der bisherigen Wuppertaler Orts- und Bezirksvereine, wird das Eigenleben des ältesten Ortsvereins von Rheinland-Westfalen beendet. Wehmützig wird manch altes Mitglied des Barmer Ortsvereins „Typographia“ die Verbandsgeschichte zur Hand nehmen und in Erinnerung die fast 70jährige Geschichte des Vereins Revue passieren lassen. Er möge dies tun unter dem Gesichtspunkt, mit dem der Schreiber der 50jährigen Geschichte des Barmer Ortsvereins, Kollege Wilhelm Koch, sein Werk der Kollegenschaft übergab: „Mögen sie sich vertiefen in die allgemeinen Verhältnisse der Arbeiterbewegung, damit sie den Kampf ums Dasein für sich und ihre Klassengenossen erleichtern, denn:

Was ist der Mensch ohne Arbeit?  
Nur der verdient die Freiheit und das Leben.  
Der taucht sie erobert nicht!

Kollege W. Koch wird es mir nicht trüme nehmen, wenn ich sein oben zitiertes Werk auszugeweiht benutze, um unsern alten Ortsverein „Typographia“ einen Nekrolog zu schreiben, den Allen zur Ehr — den Jungen zur Lehr! Anno 1848. Das Wuppertal, wegen seiner vielen pietistischen Vereine auch „Muttertal“ genannt, war von der Sturmzeit nicht verschont geblieben. Und kaum durfte es in Rheinland-Westfalen einen Ort gegeben haben, wo die politischen Regungen so stark waren wie in Barmen-Elberfeld. Der in diesem Jahr gegründete

Rheinisch-Westfälische Buchdruckerverein hatte seinen Sitz im Wuppertal und diente als Vorstand des Ortsvereins anzusprechen sein. Er verfiel 1853 der polizeilichen Auflösung; aber erst 10 Jahre später wurden die beschlagnahmten Vereinsgelder in Höhe von 74 Taler, 15 Sgr., 7 Pf., an die Elberfeld-Barmer Lokaltrankenkasse der Buchdrucker zurückgezahlt.

1853 bis 1863. Wie im ganzen Reich, so wurden auch im Wuppertal in diesen Jahren verschiedentlich vergebliche Versuche zum Zusammenschluß gemacht, und es war schon ein Erfolg, als 1862 die Elberfelder „Typographia“ ein von 70 Personen besuchtes Johannistfest im Heandertal feiern konnte. Hatten die verschiedenen Vorläufer des Berufsorgans kaum Eingang gefunden hier im Westen, so ging es dem 1863 erscheinenden „Correspondent“ nicht viel besser. Von den 1500 rheinisch-westfälischen Kollegen wurden keine 20 Exemplare gelesen, so daß am 20. Mai 1863 der Kollege Joseph Wolff (Dresden, später Redakteur in Barmen) in seinem „Aufruf an Rheinland-Westfalen“ u. a. schrieb:

Wo ist heutzutage die Zeit der Blüte des Rhein.-Westf. Buchdruckervereins? War an dem Guten der „Concordia“ doch der Wohlklang des Namens das Beste? Weit Antwort. Vandeute! Kollegen! — Kalt hat es den Antiken. Kalt wird man verachtet, annehmen: es habe des Wuppertals frommelnde Denkart Euch Euren Raunenwitz zusammen mit Ederfrank und Ihr an Entzweiflung und Eicheninn, keinem verachrenden Wille jeder Beklemmung?

Die Worte Wolffs sind nicht verhallt, schon am 29. Oktober 1864 gründeten 8 bis 10 Kollegen in Barmen die Gesellschaft „Typographia“ und schon im Mai 1865 erscheint der erste Bericht der Barmer im „Corr.“, worin bereits der erste Traktat gesprochen wird, u. a. wird ein Auspruch des

Prinzipals Steinhaus wiedergegeben, der „sich lieber den Hals abschneiden“ als solche Leute wie die Leipziger dulden wolle. — Auch er mußte sich eines Bessern belehren lassen. Das Barmer Johannistfest 1865 soll bereits von 300 bis 400 Personen besucht gewesen sein.

1866 bei der Gründung des „Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ in Leipzig, war das Wuppertal durch den Kollegen Ferdinand Hallmann vertreten, der auch mit in das Präsidium gewählt wurde. Eine ganze Reihe von Ortsgruppen in unserm Gau verschwanden ebenfalls schnell wieder, wie sie entstanden — nur die Barmer „Typographia“ blieb bestehen, so daß sie in einem „Corr.“-Artikel bezeichnet wurde als „Dase in der Rhein.-Westfälischen Buchdruckerwelt“. Ununterbrochene Kämpfe um Verbesserung der Arbeitsbedingungen brachten die nächsten Jahre, und es ist bezeichnend für die Solidarität der deutschen Buchdrucker, daß schon 1867 die Barliner Kollegen den Wuppertalern 100 Taler für Agitation schickten, um endlich Brezche in Rheinland-Westfalen zu schlagen.

1868. An der ersten Hauptversammlung des „Nieder-rheinischen Gauvereins“, der 330 Mitglieder organ, stellte hier von das Wuppertal mit umliegenden Orten 141. Der Vorort, auch beim späteren Gau Rheinland-Westfalen, blieb in Essen, da die Barmer Kollegenschaft es stets abschlehte, den Vorort nach Barmen zu verlegen, obgleich mehrfach auf früheren Gantagen solche Anträge gestellt wurden.

Für die Arbeiterbewegung Westdeutschlands ist das Wuppertal historisch bedeuend, denn hier hat die Wiege derselben gestanden. Als Beweis hierfür führt W. Koch unter anderem folgendes an: Schon 1846 wurde hier „Die Volksstimme“, das erste sozialdemokratische (?) Organ des



stand sieht man sogar eine wahre Panik beim Verlassen von teuren Wohnungen. Bei weiterer Bereicherung der Bevölkerung wird sich das Tempo dieses Vorganges noch stark beschleunigen. Zu einer Katastrophe führt das Ganze, wenn zum Beispiel die Fürtorgeverände wegen Fehlens von Mitteln zur Zahlungseinforderung von Unterfütungen und Mietzuschüssen gezwungen würden.

In Deutschland gibt es keine brutaler, volksfeindlichere Kapitalist als die privaten Hausbesitzer. Die Inflation nahm dieser Besitzschicht alle Schulden ab. Trotz Verpflichtung zu fünfundschwanzigprozentiger Aufwertung verdienten die kapitalistischen Hauseigentümer daran 70 Milliarden Mark!

Unflüchtigweise war nun um jene Zeit eine strenge Wohnungszwangswirtschaft vorhanden. Das Recht des Vermieters zur Kündigung war beschränkt, die Miet-einigungsämter erhielten die Befugnis, nach billigem Er-messen über die Beendigung oder Fortdauer eines Miet-verhältnisses und über die Höhe der Miete zu entscheiden. Es wurde in steigendem Maß eine öffentliche Bewirt-schaftung des vorhandenen Wohnraumes eingeführt. Um die Vorteile der Inflationsentschuldung auch der Allge-meinheit nutzbar zu machen, wurde der Hausbesitz mit einer Abgabe, der Hauszinssteuer, belastet. Dies alles erregte natürlich den weißglühenden Haß der Haus-pächter. In Haus- und Grundbesitzerorganisationen ver-einigt, kämpfen sie erbittert um freie Privatwirtschaft, das-heit: Um Freiheit in der Bodenspekulation, um Freiheit im Mietwucher, um Freiheit in Volksausbeutung.

Die Erfolge der Hitler- und Hugenbergparteien brachten naturgemäß auch den Wohnungskapitalisten zahlreiche politische Siege. Die vierte Notverordnung nach dem „Wohnungsaltbau“ eine Zinsersparnis von jährlich 175 Millionen Mark. Der „Wohnungsneubau“ wurde jähr-lich um 120 Millionen Mark entlastet, wovon allerdings ein Teil den Mietern zugute kam. Der langsame, seit April 1932 eingetretene Abbau der Hauszinssteuer bringt dem Hausbesitz neue Milliardengehente. Der gemäß Not-verordnung für den Miethausbesitz ermöglichte Loskauf von der Hauszinssteuer gestattete einen einmaligen Gewinn von mehr als einer Milliarde Mark! Hinzu kommt ferner, daß der Hausbesitz schon bisher jährlich 300 Millionen Mark ungerecht verrechnete Hauszinssteuer erhielt. So-dann sind in der gefälligen Miete von 110 Proz. der Friedensmiete mindestens eine Milliarde Mark jährlich an Instandhaltungsgeldern enthalten, die aber der Haus-besitz zu neun Zehntel für persönliche Zwecke verbraucht oder in andre Unternehmungen hineinsteckt. Anstatt daß die jegliche Reichsregierung diese gesündliche Mittelge-länderverwendung verhütet, kommt die augenblickliche Staats-führung den Hauseigentümern darin noch zur Hilfe. Den Miethausbesitzern sind 50 Millionen Mark für Haus-reparaturzwecke neu geschenkt worden! Augenblicklich ranzen sich die Hausbesitzer um die größten Broden. Kein Wort ist aber die Rede von einer Senkung der Miete, von vermehrtem Mieterschutz. Im Gegenteil, am 1. April 1933 soll der gesetzliche Mieterschutz außer Kraft treten!

Obwohl nun die Hausherrn immer mehr Millionen und Milliarden bekommen, schreien sie ständig: „Mehr! Mehr! Mehr!“ Auch Grundsteuern, Wertzuwachs-steuern und alle Reste einer öffentlichen Wohnungs-kontrolle sollen verschwinden. Die Gebühren für Straßen-unterhaltung und so weiter sollen rapid gesenkt werden. Die Mieter sollen aber weiter ihre alte Miete zahlen. Es fehlt nur noch die Forderung nach neuer Inflation und Mieterhöhung. Der Hausbesitz will sein behäbiges Nicht-stun und Bluffspiel verewigen! Sein Egoismus geht über jede sittliche und materielle Verpflichtung für die Allgemeinheit! Der gefräßige Bauch dieser Hausdiktatoren ist einfach nicht voll zu kriegen, selbst wenn man den Herr-

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Robert Fiedler in Dresden  
Eingetreten: 10. November 1882  
Jetzt Invalide



Emil Dufstauen in Stettin  
Eingetreten: 19. November 1882  
Jetzt Invalide



schäften das gesamte Volkseigentum in den Taschen werfen würde. Daß die Hausbesitzer die heftigsten Feinde der Bodenreform und allen Sozialismus sind, versteht sich von selbst.

Diese ungeheuren sozialen Ungerechtigkeiten, dieses Er-starken eines neuen kapitalistischen Gegners, zwingen die Arbeiter-schaft zu einer neuen Kampforientierung und ver-lärter Organisationskraft. Nicht nur den lohnraubenden Industriellen gilt der Kampf, sondern auch diesen raub-gerigen Hauskapitalisten. Alle Kohnkämpfe sind vergeblich, wenn die Erzeugnisse näher in Mietform wieder abgeknüpft werden. Die Miete muß also unter allen Umständen gewaltig gesenkt und das soziale Mietrecht verbessert werden. Gewerkschaften und Mieterorganisationen müssen sich nun zu einer Einheitsfront zusammenfinden und planmäßige Aktionen gegen den Hausbesitz einleiten. Die verschiedenen Vorkämpfer zur erträglichen Mietzinsbildung, zur gerechten Hauszinssteuerpolitik, zur Förderung des Wohnungsbaues, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung eines sozialen Wohnrechts, zur Sozialisierung des Hauskapitals lassen sich dann zu einem klaren Programm vereinigen. Nicht vergessen sei der Artikel 155 der Weimarer Reichs-verfassung, der sehr eindeutig jedem Deutschen theoretisch eine gesunde Wohnung sichert und jedes Vorgehen gegen die egoistischen Hausbarone erlaubt. Wenn diese sich nicht dem Einkommen und Freiheitswillen der Arbeiterschaft anpassen wollen, müssen sie eben enteignet werden. End-gültige Hilfe bringt aber nur Bodenreform, neuzeitliche Wohnungspolitik und Beseitigung des Privatei-gentums am Hausbesitz. Wenn dieses Heimstätten-ideal verwirklicht ist, wird die arbeitende Menschheit in eine Zone größerer Freiheit und echter individueller Glük-seligkeit hineinschreiten können. Chr. S. . ll.

## Korrespondenzen

Altenburg. Unsere Versammlung am 22. Oktober war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Reichardt dem verstorbenen Kollegen Fritz Thon (Altenburg) und dem Bezirksvorsitzer Karl Staub (Weimar) ehrende Worte des Gedenkens. Anschließend nahm man verschiedene Eingänge und Mitteilungen entgegen. Gegen den gedruckt vorliegenden Kasienbericht vom dritten Quartal erfolgte keine Beanstandungen. Die Entlastung des Bezirksvorsitzers Seese erfolgte einstimmig. Um unsere Arbeitslosen eine Weihnachtshilfe zu gewähren, fand der Vorschlag des Vorstandes, zehn Wochen je 20 Pf. Extrabeitrag zu erheben, einmütige Zustimmung. Für diesen Akt der Solidarität sprach der Vorsitzende der Versammlung seinen Dank aus. Aber die letzten, von der Papenregierung erlassenen Notverordnungen in tariflicher und sozialer Auswirkung berichtete Kollege Reichardt. Die Verordnungen, angelehnt zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft, wurden scharf kritisiert und der Erfolg stark angezweifelt. Mehr denn je sei es jetzt Pflicht, daß die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen ist, um der Papenregierung ein Paroli zu bieten. Gegen Presseverbote und die Beschlag-nahme von Maschinen wurde aus schärfste protestiert. So-dann gab der Vertreter im Ortsrat, Kollege Marx Müller, einen interessanten Bericht. Unter „Beschleiß-nem“ faßten örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung. Mit dem begehrtest aufgenommenen Kampfruf „Freiheit!“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

Esien. Unsere Versammlung am 21. Oktober hatte leider nicht den Besuch aufzuweisen, den man in Berücksichtigung der zeitgemäßen Tagesordnung erwarten konnte. Hr. Fr. Schling, einer unserer besten Volkswirtschaftler hier im Westen, hatte ein Referat über „Die Notverordnung der Regierung Wapen und die freigewerkschaftliche Arbeit-schaft“ übernommen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Kollegen zahlreicher der Einladung des Vorstandes ge-folgt wären. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ver-breitete sich zunächst Kollege Streich in kurzen Ausfüh-rungen über die bevorstehende Bildungsarbeit im Winter-halbjahr und forderte zum Beitritt in den Bildungsver-band auf. Sodann nahm Dr. Schling das Wort zu seinen Ausführungen. Eingangs wies der Referent auf die Kapi-talinvestitionen in der guten Zeit hin, die mit 90 Mil-larden in Anschlag zu bringen sind und mit Tilgung und Verzinsung 10 Milliarden pro Jahr beanspruchen. Bei 20 Milliarden gezahlter Kohnsumme in der deutschen Wirt-schaft sei es nicht möglich diesen Betrag in der Krise des Kapitalismus aufzubringen, ohne daß sich an der Produktion etwas ändert. Durch die von Brüning und Wapen erfolgte Zinsensenkung und Zinsstaffelreicherung ist im Augenblick die Krise zur Stagnation gekommen. Durch die letzte Not-verordnung werde nun der Versuch gemacht, durch Schaf-fung von zufälligen Kapital in Gestalt von Steueran-schleihen — die bankfähig sind — im Betrag von 2,2 Mil-larden aus der Stagnation in eine Labilität zu gelangen. Durch Gewährung von Einstellungsprämien erhofft man ferner eine Belebung der Wirtschaft. Dieser Plan werde nicht gelingen. Der sozialpolitische Teil der Verordnung sei unüberleg in seiner Formulierung. Der Unternehmer kann sich nicht hindurchfinden; wo ist zum Beispiel bei Wfford-arbeit der Begriff der 31. und 40. Stunde festzustellen? Wenn bei der bis jetzt erfolgten Durchführung dieses Teiles der Notverordnung Teilzeits Arbeit gehabt haben, so dann nur dadurch, daß für den Unternehmer in ihr nicht die juristische Grundlage eines Handels vorhanden ist. Im gegenteiligen Fall würde er das letzte angewendet haben, um den Widerstand zu brechen. Wenn nun die Verordnung es dem Unternehmer gestattet, bei Erfüllung der vorge-schriebenen Bedingungen in die Unabhängigkeit der Tarife einzugreifen, bestände für die Gewerkschaften das Recht, diese zu verteidigen. Die nachträglich erlassene Ver-ordnung betreffs Regelung der Friedenspflicht bedarf einer Unterdrückung des Staatsgerichtshofes auf ihre Rechts-gültigkeit. Durch die seitens des Reiches erfolgte Stützungs-aktion der Banken und Schwerindustrie ist die Wachtposten auf den Staat übergegangen; aus dem Trunkkapita-lismus ist Staatskapitalismus geworden. Aus diesem zie-hen die Gewerkschaften die Forderung der Bewahrung des gesamten Bankwesens und der Führung des Produktions-prozesses durch den Staat. Der Kampf werde jetzt gegen Demokratie und Parlamentarismus geführt. Entschieden

Wuppertals, herausgegeben, dem 1848 „Der Volksmann“, eine demokratisches Blatt von Pittmann, folgte. Das letztere Organ, an dem u. a. der große Sozialist Friedrich Engels, der ein geborener Barmer und Sohn einer der reichsten dortigen Familien war, mitarbeitete, lebte nicht lange. Im gleichen Jahr gründeten hier (im Restaurant Rosenbühl, Werthstraße 3) Friedrich Engels, Ferdinand Freiligrath, Karl Marx, Georg Bernk, Heinrich Bürgers, W. Otterberg und Fr. Wilhelm Hünerbein das berühmte rheinische Oppositionsblatt, die „Neue Rheinische Zeitung“, welche am 1. Juni 1848 erschien und in der Ferdinand Freiligrath am 9. Mai 1849 mit seinem flammanden Ge-dicht: „Abschiedsworte der Neuen Rheinischen Zeitung“ als gewaltigster Sänger der Revolution Aufsehen erregte. In der 6der Jahren verknüpfte hier Fallalle seine Ideen, und in Barnten schrieb Engels sein berühmtes Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“.

Daß sich auch die Wuppertaler Buchdrucker sehr ernsthaft mit den großen Problemen der Zeit befaßten, geht daraus hervor, daß auf eine Aufforderung des Verbandsvorstandes an die deutsche Kollegenchaft, ein Gutachten zur Lösung der sozialen Fänge abzugeben, das Wuppertaler Gutachten, trotz seiner Länge, als das beste 1888 allein zum Abdruck im „Cor.“ gebracht wurde. Dasselbe verdient noch heute recht eifrig studiert zu werden. In das Jahr 1808 fielen auch die Kämpfe um die Abschaffung der Sonntagsarbeit und die Gründung des Bezirks Barnten. Aber die aus dieser Neugründung entstehenden Auseinandersetzungen Eberfeld contra Barnten wollen wir den Mantel christ-licher Nächstenliebe decken, in der Gewißheit, daß durch die Verschmelzung der beiden Wuppertalstädte die christliche Mauer am Halbes niedergerissen und das Kriegsgelübde

endgültig begraben ist. Der Originalität halber seien aber zwei Vorkommnisse, welche die „Eigenart“ der früheren Wuppertaler Buchdruckerverhältnisse so recht charakterisieren, festgehalten. Als 1870 der Barmer Bezirksvorstand bei den Eberfelder „Weltanten“ anfragen mußte, ob sie überhaupt noch Mitglieder sein wollten, erklärten sich nur sechs Kollegen zur Zahlung von Beiträgen bereit und traten dem Barmer Ortsverein bei, während der Eberfelder Ortsverein aufgelöst werden mußte.

1891. Nachdem erfreulicherweise die Eberfelder Mit-gliedschaft wieder erstarkt war, kam es zu recht unerquid-lichen Auseinandersetzungen mit dem Barmer Bezirks-vorort. Diefelben wurden hervorgerufen, weil Eberfeld wiederholt die Verlegung des Vorortes nach dort bean-tragte. Diese Anträge wurden abgelehnt. Gausvorstand und Goutag mußten aber wiederholt vermittels eingreifen, und als 1893 der Barmer Bezirk die Eberfelder Mitgliedschaft einfach ausgeschlossen hatte (dies dürfte heute Schwierigkeiten machen), wurde einem erneuten Antrag, den Bezirk Barnten in zwei Bezirke zu teilen, entsprochen. Inzwischen ist die Friedensspise unter den ehemals feind-lichen Brüdern längst geraucht, und die neue Ehe dürfte schnell dazu beitragen, auch die letzten Gegenfährlichkeiten zu beseitigen.

1868 bis 1914. Eine ununterbrochene Reihe von Kämpfen, verbunden mit Streiks, Ausperrungen, aber auch Erfolgen sind das Signum der nächsten zehn Jahre. Für manchen Verzagten von heute dürfte die Solidarität und Opferfreudigkeit unserer Wuppertaler Vorkämpfer als Vorbild dienen, wenn wir hören, daß 1873 bei einem Minimum von 19,50 M. bis zu 4 M. Extrabeiträge pro Woche erhoben wurden, und als die Eberfelder Prinzipale

denjenigen, die dem Verband den Rücken kehrten, einen Taler Zulage versprochen, sangen die Kollegen bei ihren Zusammenkünften ein vom damaligen Kollegen und jetzigen Druckereibesitzer Philipp Balkin in Gwelsberg ver-faßtes Lied, auf die Melodie „Ich bin ein Preuße“, welches u. a. lautete:

Am 8. März dann wurden wir gebeten,  
zu kommen alleamt in das Kontor,  
Und dort — vor großem Stoben uns zu wahren —  
Dort las man uns ein großes Schriftstück vor  
Zehn wurden wir gebeten,  
Aus dem Verband zu treten!  
Wir aber sagten: „Nerr, was fällt ihm ein?!  
Wir bleiben treu dem Gutenberg Verein!“

Natürlich ging es nicht immer aufwärts, auch damals blieben die Mißschläge nicht aus; aber nichts konnte die Wuppertaler Buchdrucker von dem einmal als richtig er-kannten Weg abbringen, und wir sehen, daß 1876 kaum 50 Barmer Kollegen es fertig bringen, 300 M. als Vor-schuß und 150 M. als Gehalt an die kämpfenden Berliner Kollegen zu schicken. Das war Revanche für die seinerzeit von den Berlinern geleistete Hilfe von 100 Talern. Gleich-zeitig erhielten auch noch die Wesener Kollegen 60 M. Etwa 1500 M. haben die Barmer damals in kurzer Zeit aufge-bracht für Kampfwende, so daß Wochenbeiträge von 2,05 M. nötig waren. Im September 1876 wurde auch der Barmer Kollegengangsverein „Typographia“ gegründet, der, wenn auch mit kurzen Unterbrechungen, heute noch in voller Blüte steht.

Das Sozialistengesetz, unter dem die meisten Verbände aufgelöst wurden, zwang die Barmer Buchdrucker wohl zur Namensänderung, diente aber auch dazu, dem Verein neuen Auftrieb zu geben, so daß auch in Eberfeld wieder eine Mitgliedschaft entstand, die anfangs 29 Mitglieder

die Demokratie, verliert der Kapitalismus die wirtschaftspolitische Leitung. Dieses Moment ist bedeutend für die Schärfe des augenblicklichen Kampfes. In Preußen hat die konsequente Wirtschaftspolitik des Kabinetts Braun zwei Drittel der Elektrizitätswirtschaft, ferner das Kreditwesen der Führung des Staates überliefert. Die Kontingenzpolitik, die den Tod der industriellen Produktion — besonders der deutschen, weil auf Außenhandel angewiesen — bedeutet, wird gebilligt aus Gründen, den Verlust der Führerposition hinzunehmen. Der Redner beschufete dann im weiteren die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands, seine Orientierungspolitik, die den Import wegen der Handelsstrafen nach dem Westen tangiert, während Exportmöglichkeiten im großen Maße nach Mitteleuropa gegeben sind. Weiteres wird aber durch die Politik Papens unterbunden. Am Schluß seiner Ausführungen umriß der Redner die Stellung der Arbeiterklasse zu diesen Problemen. Sie muß sich über die einzulassende Taktik klar sein; gelingt es ihr, geschlossen in den Produktionsprozess hineinzugehen, wird sie ihn schrittweise in die Hände bekommen. Die ungesellige Spaltung der Arbeiterschaft hemmt sich in Auseinandersetzungen, die dem Gegner nur zum Vorteil dienen. Wird die jetzige Situation — Nachposition des Kapitals in der Hand des Staates — von der Arbeiterschaft nicht erkannt, stellt sie ihre Taktik nicht danach ein, einzig und geschlossen den Kampf zu führen mit den Mitteln, die Erfolg versprechen, wird sie eine seltene gute Gelegenheit zur Erziehung des Zieles verpassen. In der Aussprache brachte Kollege Knauf zum Ausdruck, daß die Wirtschaftspolitiker in Deutschland mehr von nationalökonomischen als wirtschaftspolitischen Erwägungen geleitet wird. Augenscheinlich sollte man das Ernährungsproblem vom Ausland unabhängig machen. Dafür seien aber die Vorbereitungen nicht gegeben. Eine weitere Frage sei die, ob die Produktion sämtliche Arbeiter aufnehmen könne. Nach dem Stand der Technik und bei der heutigen Wirtschaftsordnung ist dieses unmöglich. Die Jugend müsse später in den Produktionsprozess eingereicht werden, während das Alter früher als heute ausscheiden muß. Solange sich der Arbeiter gegenseitig bekämpft, brauche das Unternehmertum nichts zu befürchten. Kollege Wöhning wies auf die Auswirkung der Notverordnung hin. Wenn sich jetzt nur 61000 Einstellungen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk erfolglos sind, so hat sie nicht die Wirkung gehabt, die man sich von ihr verspricht. Für das Buchdruckgewerbe, in dem nur auf Bestellung produziert wird, ließe sich nicht viel zu erwarten; ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften diesen Weg der Wirtschaftsanrufung ablehnen. Die Kollegen Vercolajin und Engler als Sprecher der Opposition schienen die Ausführungen des Referenten ab. Sie sehen in dem von ihm aufgezeigten Weg keinen Erfolg für die Arbeiterschaft. Die mit Erfolg geführten Abwehrkämpfe in letzter Zeit bewiesen, daß auch ein Kampf in dieser Krisenzeit zum Sieg führt. Die Arbeiterklasse habe den Willen zum Kampf; er werde nur von den Gewerkschaftsführern wie auch von der mit ihr verflochtenen SPD. unterdrückt. Anstatt den Kapitalismus zu zermürdern, saniere man diesen, helfe ihm durch Unterdrückung des Kampfeswillens. Man wolle nicht die Einheitsfront; Einigungsbestrebungen im Proletariat werden durch eine reformistische Gewerkschaftsbürokratie vereitelt. Die heutige Entwicklung, die weiterschreitende Enttötung und Verelendung der Arbeiter sei nur ihrer hemmenden Taktik zuzuführen. In seinem Schlußwort befaßte sich der Referent mit den von der Opposition vorgebrachten Argumenten. Sei nicht die Macht und der Willen der Arbeiterschaft zum Kampf zu bestreiten, so muß dieser doch eine Frage der Taktik hinsichtlich der Zeit wie des angewandten Mittels sein. Für die Arbeiterklasse ist es ein Vorteil, wenn die Entwicklung des Umwandlungsprozesses — Trunkapitalismus in Staatskapitalismus — schon vorhanden ist, um bei Einnahme der Nachposition im Staat eine vergesellschaftete Produktion vorzustufen. Auf demokratischer Grundlage wird eine geschlossene, im Willen und Handeln einige Arbeiterschaft dieses Ziel erreichen. Was nun die Einheitsfront anbelange, so müsse festgestellt werden, daß durch das systematische Untergraben des Vertrauens in den Führern und ihr Herunterreißen durch die SPD. dieses Ziel nicht verwirklicht werden kann. Solange sie noch durch ihre perfide Kampfesweise der Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie ist, wird sie als willkommener Bundesgenosse der Reaktion zur Niederhaltung der Arbeiterschaft gelten. Starker Beifall unterstrich die Ausführungen des Referenten. Der Verlauf der Aussprache

ergab, daß sich die Opposition auf ein für sie gefährliches Gebiet begeben hatte. Der klare Herausforderung der wirtschaftlichen Ergebnisse und Bedeutung der sich notwendig im Interesse der Arbeiterschaft ergebenden Maßnahmen eines geschlossenen Vorgehens kann man nicht mit abgegriffenen Schlagwörtern begegnen, die seinen Eindruck auf logisch denkende machen können. Der Beifall der übergroßen Mehrheit bewies, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren.

**Freiberg.** **Unser Bezirksversammlung** am 31. Oktober war mäßig besucht. Gauvorsteher Sahlmann referierte in überaus laudativer Weise über „Gewerkschaften — Politik und Wirtschaft“. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde auf eine Aussprache verzichtet. Vom Vorhaben wurde noch auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen. Vom Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Sanda bestimmt.

**Halle.** (H a n d e l e r.) Nach längerer Sommerpause, in der wir eine Besichtigung des Botanischen Gartens und einen Lichtbildvortrag der Maggi-Werke abhielten, eröffneten wir am 21. Oktober unser Winterprogramm mit einer **V e r s a m m l u n g**, in der Kollege Otto Witt eine Lichtbildvortrag über „Mit Rad und Ruder über Deutschlands Grenzen“ hielt. Einleitend bemerkte der Redner, daß er die vorerwähnte Reise in vier Wochen und nur mit der ihm zuzustehenden Reiseveranstalterunterstützung ausgeführt habe. Wenn man dabei die bestehenden Heime der Naturfreunde und Jugendherbergen benutze, könne man ganz gut auskommen, ja sich auch noch manche nützliche Anschaffung machen, vorausgesetzt, daß man im Besitz eines Treteautos ist. Er führte im weiteren die andächtig lauschenden Zuhörer in Wort und Bild durch Thüringen, Rheinland, bis auf die Schladischer von Frankreich und weiter in manchem Erinnerung an das Winterwunder von 1914 bis 1918. Der Frischhof der 50 000 bei Verdun wirkte erschütternd und zeigte so recht das Unfänge des Krieges. Großer Beifall lohnte dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen. Hierauf gab der Vorsitzende seine geschäftlichen Mitteilungen. Am 7. November begannen wir mit einem Kurzus über die Anlage A des Tarifs im Bistrotfestsommer des Gaubiros. In Aussicht genommen sind dafür drei Abende.

**Krefeld.** (M a s c h i n e n s e h e r.) **Unser Bezirksversammlung** am 22. Oktober war sehr gut besucht. Der Veranlassung voraus ging ein Lichtbildvortrag im Vortragsraum der „Freien Presse“. Die Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik, vertreten durch die Herren F r e i e n b e r g (Düsseldorf) und R y t z i e l (Berlin) zeigte die letzten Neuerungen und Verbesserungen. Die beiden Vertreter entzündeten sich ihrer Aufgabe glänzend, und es kann nur allen Kollegenvereinigungen empfohlen werden, diesen Vortrag in ihren Versammlungen halten zu lassen. Die beiden Referenten, die es wirklich verstanden, uns die letzten Neuerungen in ihrer Zweckmäßigkeit zu erklären, auch an dieser Stelle herzlichen Dank. Ein ganz besonderes Lob aus dem Munde der mit ihm arbeitenden Kollegen erfuhr der neue Sammler „Perfekt“ der Mergenthaler. Allgemein wurde das Bemühen der Mergenthaler anerkannt, rastlos an der Bervollkommnung ihrer Fabrikate zu arbeiten. In der nun folgenden Bezirksversammlung wurde zunächst das Ableben eines Kollegen gelehrt. Unter „Geschäftlichem“ bat der Bezirksvorstand des Verbandes in einem Rundschreiben an die einzelnen Sparten, nicht nur die Spartenversammlungen zu besuchen, sondern zuerst die Ortsvereinsversammlungen. Dieser Wunsch wurde vom Vorstand wärmstens unterstützt und unbedingt Befestigung in diesem Punkt von unsern Kollegen gefordert. Nur in der Geschlossenheit werden wir diese Zeit des reaktionären Wiederauferstehens meistern. Der Kassensbericht von zwei Quartalen zeigte eine gesunde Basis, und nach ordnungsmäßiger Befund wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim nächsten Punkt beschloß die Versammlung, am 20. und 27. November die Ausstellung der Mergenthaler in Düsseldorf zu besuchen, um das in vorerwähntem Vortrag gehörte in der Praxis vorgeführt zu bekommen. Fahrgeld (Sonntagskarte) wird aus der Kasse vergütet. Ein Antrag auf Beitragsermäßigung mit gleichzeitiger Herabsetzung der jährlichen Versammlungen von vier auf zwei wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, den Versammlungsteilnehmern an Gauvereinsversammlungen in Köln, Duisburg und Düsseldorf das Fahrgeld zu vergüten. Unter „Ver-

schiedenem“ wurde u. a. bedauert, daß über den Konflikt im Düsseldorf Industrie-Verlag so spärliche Informationen vorliegen. Damit schloß die äußerst anregende Versammlung. Ihr Besuch mit 43 Kollegen wies einen Rekord auf.

**Neudamm.** Wenn es auch in dieser schweren Zeit nicht angebracht ist, rauchende Feste zu feiern, so wollen wir es uns doch nicht nehmen lassen, vom Fest des 25. Jahrestages in Beklehen unseres Ortsvereins, das am 22. Oktober begangen wurde, kurz zu berichten. Recht zahlreich waren unsere Mitglieder mit ihren Gästen dazu erschienen. Auch der Gauvorstand hatte den Kollegen Gustav Kreutz dazu entsandt. Nach mehreren Musikstücken, einem Prolog unseres Kollegenführers Ernst Brezgang, der sehr gut aufbereitet vorgetragen wurde, und zwei Liedern ergriff Vorsitzender Schöder das Wort und leitete nach einigen Begrüßungssätzen zur eigentlichen Feier über, indem er die Gründungsgeschichte kurz vortrug. Er brachte zum Ausdruck, wie schwer der Gründung des Verbandes mitgliedern ihre Existenz bei der Firma J. Neumann gemacht wurde. Aber auch noch einige Zeit nach der Gründung war ein steter Kampf der Verbandesmitglieder an der Tagesordnung. Unser Gauvorsteher K o e n i g e überbrachte darauf die besten Glückwünsche des Verbandes und des Gauvorstandes. Den Reigen der Gratulationen eröffneten nun die Damen, die dem Verein ein Tischbanner überreichten. Auch der Bezirksvorstand hatte des Tages gedacht und eine mit Widmung versehene Glosse überreicht. Der Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterrinnen, Ortsgruppe Neudamm, sowie der Bildungsverband ließen je eine geschmackvoll ausgeführte Glückwunschadresse überreichen. Die Bezirke Frankfurt a. d. O., Rottbus, Brandenburg, Eberswalde, Potsdam und Stargard, die Orte Küstrin und Landsberg a. d. W. sowie die Mitbegründer unseres Ortsvereins Paul Leideke, Richard Rieming und Karl Rudolph sandten herzliche Glückwünsche. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausflug Neudamm, und das Bezirkssekretariat Brandenburg-Berlin erlaubte den Ortsverein und die 15 Jubilare, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnten, mit je einem Dankschreiben für Treue zum Verband. Nachdem der Vorsitzende allen Spendern in warmen Worten gedankt hatte, folgten ernste und feitere Vorträge, abwechselnd mit Liedern und Musikstücken. Ein Tanzprogramm, das alt und jung noch lange beisammenhielt, beschloß die erhebende Feier. Allen Gebern auch an dieser Stelle recht herzlichen Dank.

**Neußadt a. d. Haardt.** (M a s c h i n e n s e h e r.) Die diesjährige **W a n d e r v e r s a m m l u n g** unrer Gauvereins für die Bezirke Kaiserslautern-Firmalens und Neußadt a. d. Haardt-Vandau-Wab Ditzheim fand am 9. Oktober hier statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege S t u t e n b ä u m e r (Ludwigsweiler a. Rh.) außer den zahlreich erschienenen Kollegen beider Bezirke den Vertreter des Verbandes, Bezirksleiter Mayer, sowie den Vorsitzenden der Handwerkerpartei, Kollegen Kau. Dann beachtete er in ehrenvollen Worten des Ablebens von drei Kollegen, die lange Jahre der Sparte angehörten. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende ein Rundschreiben der Zentralkommission bekannt, in dem zum Ausdruck gebracht wird, die der Sparte noch fernstehenden Kollegen für diese zu gewinnen. Er wies hierbei auch auf die Verbennummer der „Technischen Mitteilungen“ hin und empfahl, sie allen Kollegen zuzustellen. Der von Kollegen V a n e r e (Mannheim) gegebene Kassensbericht wies einen verhältnismäßig guten Bestand auf und wurde gutgeheißen. Leider ist durch die Not der Zeit ein kleiner Abgang im Mitgliederbestand zu verzeichnen. Die Arbeitslosenregister ist gegenüber dem Mitgliederstand als nicht zu hoch anzusehen. Nach Erlebigkeit einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende in seinem Referat, „Wo stehen wir?“ die tariflichen und politischen Verhältnisse durch die erteilten Notverordnungen der Papenregierung. Sodann ermahnte er die Kollegenchaft, den Egoismus zu verlassen und zum Idealismus zurückzukehren. Kollege Stutenbäumer gab weiter vier Entschuldigungen der Maschinen-sehervereinigungen Freiburg i. Br., Württemberg, München und Schöfen bekannt, die von der Versammlung unterstützt wurden. Reicher Beifall dankte ihm für seine Ausführungen. Dem Referat folgten die Situationsberichte aus den Bezirken, die den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse zum Ausdruck kommen ließen. Kurzarbeit und Aussehen sind allerorts an der Tagesordnung. In der nunmehr folgenden Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, die mit den Ausführungen des Referenten einig gingen. Im Schlußwort gab der Vorsitzende noch ein Gutachten medizinischer „Fachverständiger“ der Berufs-gesellschaft in Darmstadt über Mitranttheit bei Maschinenlehren bekannt, das eine laute Empörung der Versammlung auslöste. Durch ein technisches Gutachten hofft man aber beim Oberverwaltungsamt Frankfurt a. W. ein für uns Maschinenseher günstiges Urteil zu erwirken. — Am Nachmittag trafen sich die Kollegen zu einem gemütlichen Beisammensein in dem idyllisch gelegenen Hambach, wo die Alltagsorgen bei einem guten Tropfen „Hambacher“ für kurze Zeit vergessen wurden.

**Habeburg.** Am 23. Oktober fand unsere **H e r b s t - V e r s a m m l u n g** in Großhörsdorf statt. Kollege F r i e d r i c h begrüßte die Anwesenden und besonders unsern Gauvorsteher S a h l m a n n herzlich. Anschließend referierte dieser über „Die freien Gewerkschaften und die Wirtschaft“. Vom Weltkrieg und seinen verhängnisvollen Folgen ausgehend, schloß er in leicht verständlicher Weise die Ursachen der fortschreitenden Wirtschaftskrise, die die ganze Welt in ihre Fesseln geschlagen habe. In Deutschland seien es die „Nazis“, die aus diesem Elend ein Geschäft machten und sich nicht entschloßen, die freien Gewerkschaften für das jetzt herrschende Chaos verantwortlich zu machen. Er erklärte, daß die sozialistischen Parteien in der Nachkriegszeit nicht einen einzigen Tag die Mehrheit in der Regierung gehabt haben; damit erbelege sich das dumme Geklammer vom „System“ von selbst. Die weiteren Ausführungen beschäftigten sich mit dem „Anturbeisungsprogramm“ der Papenregierung. Ihre letzte Notverordnung drückt die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf ein unerträgliches Niveau, während die Industrie mit Subventionen in Gestalt von Milliardenbescheiden wieder „aufgefischt“ werden soll. Dagegen müßte härteste Front gemacht werden. Die Gewerkschaften sehen bei dieser Front in vorderer Linie. Es sei Pflicht eines jeden Gewer-

zähste. Kollege Koch bezeichnet deshalb das Sozialisten-gesetz für die Wuppertaler Buchdrucker als Ketzer in der Not. — Auf die vom Kollegen Koch sehr eingehend behandelten Lohn- und Arbeitszeitkämpfe 1896 bis 1901, 1909 und so fort, bei denen allein der Streik um den Reinfundentag elf Wochen dauerte, soll hier nicht eingegangen werden.

Zum 25-jährigen Jubiläum 1889 sandten fünf Berliner Kollegen dem „Kurzmerproben“ Jubilar folgenden drahtlichen Glückwunsch:

In die Arbeit und recht,  
Dau Dich in schwerer Zeit bewahrt,  
Denn schall es heut von fern und nah:  
Voch Warner Zwargarabli.

Die 50jährige Jubelfeier sollte am 1. August 1914 in der Barmer „Stadthalle“ in großer Aufmachung vor sich gehen, da machte das Infernal „Weltkrieg“ alle Hoffnungen und Vorbereitungen mit einem Schlag zunichte. Hatte der Verfasser der Festschrift dieselbe abgeschlossen mit dem stolzen Wort des Leipziger Ausstellungsdenkmals:

Nicht wie ein Fels im tollden Meer  
Ziebt der Arbeit gewaltiges Meer.

so konnte er in einer kurzen Nachfrist nur noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Festschreibare nicht allzu hart werden möge und unsere Kollegen bald und vollständig aus dem Feld heimkehren könnten.

Sein Wunsch ging leider nicht in Erfüllung. Aber vier Jahre dauerte das Warten und 23 Kollegen des Ortsvereins blieben auf dem „Feld der Ehre“.

Zum 60-jährigen Jubiläum am 9. und 10. August 1921 konnte die Ortsvereinsgeschichte endlich ihrer Bestimmung zugeführt werden. In einem kurzen „Anhang“ sind vom Schreiber dieses die zehn Jahre Nachkriegszeit festgehalten, mit ihren verschiedenen Puffen, die die Barmer Buch-

drucker, zum Teil mit der Waffe in der Hand, mitten im politischen Getriebe fanden. Dann aber auch die unheimliche Inflationsperiode des Jahres 1923, wo in nicht weniger als 28 zentralen Wohnverhandlungen der Tariflohn innerhalb zehn Monaten von 18 000 M. auf 3 500 000 000 000 M. „steterte“.

Nach der Stabilisierung der Mark (1 Billion gleich 1 M.) nahm die Arbeitslosigkeit rapid zu, und trotzdem stand 1924 am Schluß des Anhangs zur Vereinsgeschichte geschrieben:

In schwerer Bedrängnis, in verzweifelter Not  
Im Kampf mit dem Elend, ohne Arbeit und Brot  
Zu tauelnde der schaffenden Kräfte,  
Sie sind wohl geknechtet, nach Kaplans Gebot,  
Aber nicht entkettet — der Welt ist nicht tot!  
Es gibt ein Erwachen der Mächte!

Es ging auch nochmal aufwärts, bis 1929 die Weltwirtschaftskrise und das vollständige Verlegen der kapitalistischen „Weltordnung“ erneut zur Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt führte. Wir Wuppertaler Buchdrucker mit 55 Proz. Arbeitslosen stehen zur Zeit wohl an der Spitze im deutschen Verbandsgebiet, was Arbeits- und Ausfluchtlosigkeit anbetrifft und haben im besonderen Maß schägen gelernt, was die Solidarität unter den deutschen Verbandsmitgliedern zu bedeuten hat. — Darum soll uns auch in Zukunft als Leitmotiv dienen:

Was du ererbt von deinen Vätern,  
erwirb es, um es zu besitzen!

Darum, auf Kollegen, zu neuen Taten am neuen Werk, und wenn wir am 31. Dezember unsern fast 60 Jahre alten Ortsverein zu Grabe tragen, so soll es heißen:

Der Ortsverein „Typographia“ Barmen ist tot —  
Es lebe der neue Orts- und Bezirksverein „Wuppertal“  
Wuppertal-Barmen. Otto Wellinger a. Th.



schaffers, seine Organisation bei diesem schweren Kampf zu stützen und fleintliche Bedenken hintanzustellen. In der Aussprache erklärten verschiedene Kollegen ihre volle Einmütigkeit mit den Ausführungen. Nach einem Hoch auf unseren Verband wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. — Anschließend blieben die Kollegen noch ein Stündchen bei Stimmungsmusik zusammen.

**Reisebericht i. B. Unse r e r a m l u n g** am 29. Oktober befaßte sich als Haupttagungsordnungspunkt mit den Auswirkungen der Notverordnung vom 5. September auf unser Gewerbe, worüber der Vorsitzende ausreißend berichtete und den ganzen Ansturm der hiesigen Wirtschaftsanwaltschaft ins rechte Licht rückte. Die Anteilnahme soll nur auf Kosten der Arbeiterkraft erfolgen, während man andererseits den Kaufmännern, Schloßbaronen und bankrotten privatkapitalistischen Unternehmen Millionen in den Taschen kopft. Richtiger wäre es gewesen, so wurde in der Diskussion ausgeführt, wenn man die Summe von einer Milliarde 750 Mill. M. direkt den Arbeitslosen zur Verfügung gestellt hätte zwecks Einbindung von Kleidung und Häuserbauten, wodurch wieder weitere Arbeitsmöglichkeit geschaffen worden wäre. Es heißt, bei allen Lohnsenkungen bzw. Einbrüchen in das Tarifrecht unseres Gewerbes auf die Aktivität als Notwendigkeit in der gegenwärtigen Sturmbelegten Zeit hingewiesen, des weiteren die Beitragsleistung an sich und das Notstandswesen gestreift. Alle ausgefallenen Kollegen haben sich im Monat zweimal beim Kassierer zu melden. Es gilt die Augen offen zu halten betreffend der bevorstehenden Beschlüsse. Infolge der Überlastung der Ortskasse wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Auszahlung der Reiseunterstützung bis auf weiteres zu sperren, obwohl die Not der Durchreisenden nicht verkannt wurde. 1933 kann unser Ortsverein auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Nach der Aufforderung des Vorsitzenden, den Bildungsverband mehr zu unterstützen, was besonders für die Arbeitslosen betreffs des Schulungslufes gilt, fand die für die Gewerkschaftsbewegung sich produktiv gestaltende Versammlung ihren Abschluß.

**Saarbrücken. (Maschinenf. e. r.)** Am 10. Oktober hielt die Maschinenf. e. r. Versammlung für das Saargebiet ihre jährliche V e r s a m l u n g ab. Vorsitzender W e b e r gab in der Begrüßungsansprache seiner Freude Ausdruck, daß der größte Teil der Kollegen dem Ruf der Sparte gefolgt ist und den Weg zur Versammlung fand. Er begrüßte insbesondere den Vertreter der Typographfabrik, Herrn K o c h, der als Referent gewonnen worden war. War der Vortrag eine Angelegenheit für die Kollegen vom Typograph, so waren doch alle Linotypisten ganz Ohr bei dem Vortrag, und manche Ausführungen über Erneuerungen am Typograph fanden volle Bewunderung. Der Referent verstand es, in einem einleitenden Vortrag mit Lichtbildern und Anschauungsmaterial alle Kollegen, gleich welcher Maschinenart, zu fesseln. Ausgehend von dem Fortschrittstrieb des Menschen, die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen, schilderte er die Geschichte des Typograph von der Entdeckung bis zur heutigen modernen Universalmaschine. Seine sachverständigen Kenntnisse trugen besonders dazu bei, allen Kollegen ein klares Bild über den Typograph mit allen seinen bis auf den heutigen Tag angebrachten Neuerungen zu geben. Der Vortragende fand starken Beifall. Vorsitzender Weber sprach ihm im Namen der Sparte den Dank für seinen wirklich guten und verständlichen Vortrag aus. — Der Punkt „Technisches“ gestaltete sich wieder zu einer recht regen Angelegenheit. — Unter „Verhiebendem“ wurde der Termin und Ort der nächsten Versammlung festgelegt. Vorsitzender Weber schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß zukünftig alle Versammlungen vom Geist der diesmaligen getragen sein mögen.

**Stettin.** Am 19. November gehört unser Kollege E m i l D u c h á t e a u dem Verband 50 Jahre an, davon 46 Jahre als Funktionär. Am Tage seines Auslassens trat Ducháteau dem Verband bei; später begab er sich auf eine größere Welttour. Wieder in der Heimat tätig, wurde er im Jahr 1855 in den Ortsvorstand gewählt und im Jahr 1887 in den Gauvorstand als Schriftführer. Dieses Amt übte er 43 Jahre aus, daneben wirkte er als Vertreter im Tarifschlichteramt, der Berufsgenossenschaft, der Krankenkasse und in der Landesobergenossenschaft, auch zu einem Verbandstag war Kollege Ducháteau delegiert. Nach einem arbeitsreichen Leben für unsere Organisation befindet sich Emil Ducháteau nun im Zuvaltsstand.

**Stettin.** Unse r e r a m l u n g am 21. Oktober hatte einen guten Besuch. Kollege H o p p e gab einen Bericht darüber, wie hier der soziale Arbeitsdienst vor sich geht. Es sind 62 000 Zwangsgewerke vorgelesen. Die Beschäftigten haben Unterkünfte, leisten täglich sechs Stunden Arbeit und haben zwei Stunden für Vorträge, auch Sport. Für die Mühestunden werden gern Bücher als Spenden angenommen. Finanziert wird dieser freiwillige Arbeitsdienst aus öffentlichen Mitteln. Die Beiträge zum Ortsrat des DGB sind von 7 auf 6 Pf. pro Mitglied ermäßigt worden. Zur besseren Kontrolle hat der Dbergau die Bezirke zur monatlichen Abrechnung verpflichtet. Die arbeitslosen Handwerker wünschen wieder einen Fortbildungskursus. Da nun mit der Gauvorstand das Mögliche bei dem Arbeitsamt versuchen. Ein Bericht über den Stand des Arbeitsnachweises zeigte im September wieder einen Zuwachs von 31 Arbeitslosen. Das dritte Quartal war das schlechteste an Einnahmen der Kasse. Gauvorsteher K e i n l e sprach dann zur Kurzarbeit. Es wird in gewissen Betrieben versucht, dieselbe wie bei Vollarbeit auszuführen. Die Arbeitenden mögen dabei die Aufgabenstellungen nicht vergessen. Auch hier sind faulmeilige Lohnzahler. Die Kollegen mögen Lohnrechte nicht aufgeben lassen. Bei Weiten ist nachher meist nichts zu haben. Nach dem Kollegen Reintke sprach Kollege K e r t z e n über die weltliche Schule, deren Zweck und Ziele. Die Arbeitslosen beslagten sich über die Arbeitsvermittlung, es müsse nach der Reihe gehen. Ein diesbezügliches Abkommen mit den Prinzipalen hatte leider seinerzeit ein Arbeitsloser zu Fall gebracht. Allgemein war die Ansicht, daß bei der nächsten Tarifrevision die Vermittlung nach der Reihe erstrebt werden muß. Bezirkssekretär S c h a r o w s t i hielt hierauf einen Vortrag: „Die kommandierte Wirtschaftsweise“. Der Referent zeigte, wie der Papenplan beschaffen ist, wie seine Auswirkung theoretisch gedacht ist und wie die Wirklichkeit aussehen wird. Mit der Tamtam wird einen nichtigenden, eher noch krisenverschärfenden Erfolg haben, infolge der Tarifforderungen. Die temperamentvollen Ausführungen fanden den kräftigen Beifall der Hörer.

**Worms. (Maschinenf. e. r.)** Am 23. Oktober fand hier die V e r s a m l u n g der Württembergischen Maschinenf. e. r. Versammlung statt. Dazu waren 64 Kollegen aus den Bezirken Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen und Worms erschienen. Die Zeitung hatte Kollege Stutenbäumer (Ludwigshafen), der die Erschienenen begrüßte. Es folgte zunächst die Ehrung von drei verstorbenen Kollegen. Kollege R i e g e l (Worms) hielt die Verammlungen in unserer Art überherab willkommen. Nach kurzen allgemeinen Ausführungen verlas Kollege V a n n e r (Mannheim) den Kassenbericht der Gauvereinigung. Der Kassenbericht, der von einer mustergültigen Kassenführung Zeugnis gab, fand ohne irgendwelche Kritik Annahme. Dem Kollegen Vannert sei hier besonders gedankt für seine mustergültige und gewissenhafte Arbeit. Nächster Tagesordnungspunkt war das Referat „Wo stehen wir?“ Es wurde vom Kollegen S t u t e n b ä u m e r gehalten. Er führte u. a. aus, daß nur Geschlossenheit zur Erreichung der gesteckten Ziele führen könne. Mit besonderer Eindringlichkeit ermahnte er die Kollegen zur Einigkeit innerhalb der Sparten; denn nur so könne man dem starken Druck der Unternehmern, speziell auf dem Gebiet der Ubertarifbezahlung, entgegenreten. Eitriges Lesen unserer Fachliteratur sowie das genaue Studium der Jahresberichte des Verbandes und der Sparten sollte sich jeder Kollege angelegen sein lassen, um stets aufs genaueste informiert zu sein. Auf geistigen und wirtschaftlichem Gebiet sei eine baldige Umstellung unerlässlich, denn nur so sei man in der Lage, dem Kommenden ruhig und gewappnet entgegenzusehen. Auch das politische Gebiet fand die nötige Beachtung. Zum Schluß verlas der Referent mehrere Resolutionen aus den einzelnen Bezirken und Gauen, die sich mit den Beschlüssen der Zentralkommission und einzelner Gauvereinigungen befaßten, die u. a. auch gegen einzelne Beschlüsse und Maßnahmen Stellung nahmen. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, da damit doch gar nichts oder wenig erreicht werde. In die Ausführungen des Referenten schloß sich eine lebhafteste Diskussion, die bewies, daß die Ausführungen mit regem Interesse verfolgt worden waren. Zu dem Punkt „Situationsbericht der Bezirke“ ergriffen die Vertreter der Bezirke Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen und Worms das Wort. Sie berichteten fast alle das gleiche, insbesondere über Abbau der Ubertarifbezahlung und Einführung von Kurzarbeit. Wegen der vorgehrittenen Zeit konnte unter „Technischem“ und „Verhiebendem“ nur kurz mit einer Neuerung an der Sechsmaschine bekannt gemacht werden. Es handelte sich um die selbsttätige Ausschleif- und Ausfüllvorrichtung der Zeilen, die aber nur an neu bestellten Maschinen in der Maschinenfabrik angebracht werden können. — Während der Versammlung übernahm ein Kollege die Führung der Kollegenfrauen, die es sich nicht hatten nehmen lassen, mit nach Worms zu kommen. Diese äußerten sich sehr zufrieden über den Rundgang und fanden sich gegen 1 Uhr zum gemeinsamen Mittagessen im „Volkshaus“ ein. Am Nachmittag unternahm die gesamten Kollegen einen gemeinsamen Spaziergang, der mit einem gemühtlichen Beisammensein im „Malepartus“ abgelaufen wurde.

**Zittau.** Am 9. Oktober fand hier unsere zweite, gut besuchte B e z i r k s v e r s a m l u n g statt. Sie stand im Zeichen der jetzigen Wirtschaftspolitik. Gauvorsteher S a h m a n n (Dresden) referierte über das Thema: „Gewerkschaften — Politik und Wirtschaft“. Er wandte sich vor allem gegen die Lügen und Geschichtsfälschungen, die von den Gewerkschaftsgegnern mit Eifer verbreitet werden. Eine aufgeklärte Arbeiterschaft müsse wissen, was von den billigen Schlagwörtern wie „Bongentum“ und den „Systemlügen“ zu halten ist. 20 Jahre Gewerkschaftspolitik haben gezeigt, daß viel Gutes, z. B. das kollektive Arbeitsrecht, das Betriebsratsgesetz, der Tarif und das Schlichtungswesen, geschaffen wurde. Die besondere Tragik der Arbeiterschaft in der Jetztzeit sei ihre Unkenntnis. Gewerkschaftliche Erfolge werden vergessen oder absichtlich vertuscht. Die ideale Verbundenheit mit der Organisation sei es, die nottut. Durch die direktantische Notverordnung vom 4. und 5. September sei die ganze Sozialpolitik der Weimarer Regierung unterstellt. Die tariflichen Rechte werden künftig durch § 1 der Tarifvertragsordnung nahezu illusorisch gemacht. Abwehrmaßnahmen würden durch die Reichsregierung mit Hilfe der vorordneten Friedenspflicht unterbunden. Die zielbewusste Gewerkschaftsarbeit erleide hierdurch Rückschläge, die aber inwieweit das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft untergraben dürfen. Wie in früheren Zeiten müsse der größere Widerstand erst recht den Glauben an unsere eigene Kraft wachsen lassen. Gewerkschafts- und Verbandsführer ideale Gefolgschaft leisten ist das Gebot der Stunde. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. Die Berichte aus den Bezirken liefen überall großen Arbeitslosenstand und umfangreiche Kurzarbeit erkennen. Kollege F l o r gab den Kassenbericht. Mit einem Hoch auf unsern Sport und Schutz den Verband der Deutschen Buchdrucker, fand die Versammlung aus.

### Allgemeine Rundschau

**Werbewoche der Büchergilde Gutenberg.** In wirtschaftlich schweren Zeiten sind es besonders die kulturellen Einrichtungen, die am meisten vom Gebot der Einschränkung betroffen werden. Um so erfreulicher ist es, daß die Büchergilde Gutenberg, die sich in acht Jahren ihres Bestehens zu einer wichtigen Kulturorganisation der freigewerkschaftlichen Arbeiter emporgearbeitet hat, ihr Programm ungeschmälert durchführt und zu immer größeren Leistungen aufrückt. Die Büchergilde konnte ihren Mitgliederbestand von mehr als 80 000 nicht nur erhalten, sondern noch verbessern. In ihrem Wirkungskreis, der sich mit auf die deutschsprachigen Gebiete der Nachbarstaaten erstreckt, ersetzte sie viele Tausende von Bücherfreunden, die sonst nicht in der Lage gewesen wären, sich eine Bibliothek besorgen zu lassen und sich ausgetragene Bücher zuzulegen. In der Zeit vom 12. bis zum 27. November veranstaltete die Büchergilde in Deutschland eine Werbewoche, der wir den besten Erfolg wünschen. Bei dieser Gelegenheit sei auf die vorzüglichen Werbepremien hingewiesen, die jeder erhalten kann, der für die Büchergilde ein bescheidungsweise zwei neue Mitglieder wirbt. Nähere Auskunft und Prospekte erhält jeder von den Vertrauensleuten der Büchergilde Gutenberg oder von der Geschäftsstelle Berlin SW 61, Dreifußstraße 5.

**Führerausweise für Lehrstufleiter.** Die Rundschau notiz „Führerausweise für Lehrstufleiter auf der Reichsbahn“ in Nr. 91 des „Korr.“ ist dahin zu ergänzen, daß die alten, vor dem 1. April 1930 noch von der Anerkennungsbücherei ausgestellt Führerausweise nur noch bis zum 31. Dezember 1932 anerkannt werden. Ab dann verlieren sie ihre Gültigkeit und müssen durch den neuen Führerausweis ersetzt werden. Dieser Ausweis ist vom Verein selbst unter Beglaubigung durch die Gemeindebehörde auszustellen und mit Lichtbild zu versehen. Dieser neue Ausweis hat dann zunächst ohne Zeitbeschränkung Gültigkeit.

**Rundfunkvortrag über das Erfurter Rechtschreibungsprogramm.** Auf der Deutschen Welle (Königs-Wulferhausen) spricht Dr. Johannes Günther am Sonnabend, dem 19. November, 18.30 Uhr, in der Reihe „Deutsch für Deutsche“ über die vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker auf seinem Erfurter Vertretertag aufgestellten zehn Punkte zur Reform der Rechtschreibung.

**Poli gegen Kleinschreibung.** In dem vor kurzem von Dessau nach Berlin-Steglitz verlegten Bauhaus war eine polizeiliche Mitteilung zu lesen, deren unveränderter Wortlaut verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden:

„In dem Leiter des Bauhauses.  
„Bitte geben Sie Ihre Schüler die Anweisung, daß die Mitteilungen mit Großbuchstaben geschrieben geschrieben werden müssen.  
„Polizeirevier Berlin-Steglitz.“  
Die „Bosliche Zeitung“ bemerkt dazu lakonisch, daß das Schreiben mit Kleinbuchstaben, wie es bei den Bauhausleuten Mode ist, also polizeilich verboten sei. Falshes Deutsch zu schreiben, sei aber anscheinend nicht polizeiwidrig. In manchen Kreisen tut man heute so, als ob die orthographische und grammatikalische Unschärfe vieler Menschen in erster Linie auf die zweifelhafte Großschreibung bestimmter Wortgruppen zurückzuführen wäre. Das ist jedoch ein Trugschluß. Auch bei Anwendung der absoluten Kleinschreibung wird nur derjenige richtig schreiben, der über sprachliches Wissen verfügt. Bei der Nachprüfung von Schriftstücken aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten wird man feststellen können, daß die weitaus meisten Fehler nicht etwa durch die Großschreibung (in der sich unbestreitbar die Feinheiten der deutschen Sprache ausdrücken) verursacht werden, sondern durch mangelhafte Sprachkenntnis im allgemeinen, wie das auch in dem hier angeführten Beispiel aus einem Berliner Polizeirevier zum Ausdruck kommt.

**Neue Sprachkurse in Groß-Berlin.** In der ersten Degenberowische beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angehörigen Groß-Berlins (Abendschule für jedermann) neue Anfängerkurse für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwortkunde; „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Ankosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 M. erhoben. Erwerbslose gehen nur 5 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin N 24, Friedrichstraße 134 (nahe Stadt- und Untergrundbahn Friedrichstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends geöffnet.

**Übertragung der Totengedenker des Reichsbundes im Rundfunk.** Wie uns mit der Bitte um Befanngabe mitgeteilt wurde, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen auch in diesem Jahr am Totensonntag eine Gedenkfeste für die Gefallenen des Weltkriegs. Das bekannte Steiner-Quartett und der Berliner Arztchor wirken mit. Aus Werken Hebbels, Schillers und Walter Fegitz rezitieren Robert Müller und Ursula van Gaarden. Die Gedenkrede hält der erste Bundesvorsitzende des Reichsbundes Pfänder (Berlin). Sämtliche deutschen Sender sowie die Kadav in Wien werden die Feier in der Zeit von 12½ Uhr bis 1½ Uhr am kommenden Totensonntag übertragen. Die Kriegssopfer bitten um Gehör.

**Hermann Müller-Lichtenberg.** Der frühere stellvertretende Vorsitzende des DGB, Hermann Müller, ist am 13. November in Berlin verstorben. Er gehörte zu den besten Kämpfern der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Obwohl sich der Verstorbenen in letzter Zeit infolge seines geschwächten Gesundheitszustandes mit Rücktrittsgedanken trug, kommt sein stilles Hinscheiden doch überraschend. Hermann Müller hat ein Alter von 64 Jahren erreicht. Er war von Beruf Lithograph und in seiner Berufsorganisation jahrzehntelang tätig. Von 1898 bis 1900 war er Redakteur am Bochumer Parteiblat. 1900 folgte er einem Ruf nach Bremen als Arbeitsekretär, wo er mit Friedrich Ebert zusammen arbeitete. Im Jahr 1905 wurde er in das von der Generalkommission der Gewerkschaften geschaffene Arbeitsekretariat berufen. 1922 trat er in die Redaktion des „Korrespondenzblattes“, der heutigen „Gewerkschaftszeitung“, ein. 1924 wurde Müller vom Bundesverband zum stellvertretenden Vorsitzenden des DGB gewählt. Hermann Müller war der geborene Sozialpolitiker. Durch mehrere Schriften verband er dieses überaus wichtige Gebiet zu verteidigen und den Arbeitern näherzubringen. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Sozialpolitiker wurde er von den deutschen Gewerkschaften als Vertreter in die internationale Arbeitsorganisation entsandt. Seit 1924 war er ununterbrochen der stimmungsführende deutsche Arbeitervertreter auf den internationalen Arbeitskonferenzen. Seitdem war er auch Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts in Genf. Er gehörte einer großen Zahl von Ausschüssen an. Ferner vertrat er die internationale Arbeitsorganisation im Wölbereichsbund der Wirtschaftswissenschaften sowie in dem Beratenden Wirtschaftsausschuss des Reichsbundes. Allenthal hin er wacker seinen Mann gestanden. Sein Rat wird im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation vermisst werden. Die Arbeiter der ganzen Welt, speziell aber die deutschen Gewerkschaftler, werden Hermann Müller ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren. Anlässlich des Todes von Hermann Müller hat Reichsarbeitsminister Schaefer dem Bundesvorsitzenden des DGB, zugleich im Namen der Reichsregierung sein Beileid ausgesprochen. In dem Beileidschreiben wird besonders der erfolgreichen Arbeit des Ver-

